

Dresdner Volkszeitung

Hochdruckdruck: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Dankkonto: Geb. Kretsch, Dresden
und Sächsisch. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Woll und Zell“ für einen halben Monat 1 M.
Einselnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 26261. Sprech-
stunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 26261 und 12707.
Besuchszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Kompositionelle
30 Pf., die 90 mm breite Reklamelle 1,50 M., für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote
40 Proz. Rabatt. Für Preisermäßigung 10 Pf.

Nr. 255

Dresden, Montag den 2. November 1925

36. Jahrg.

Das deutschnationale Doppelspiel

Eine Regierungserklärung

Die Reichsregierung tritt in längeren Darlegungen den deutschnationalen Behauptungen über die Vorgänge vor und bei der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages entgegen. Wir entnehmen dem Schriftstück folgendes:

1. Die Stellungnahme des Reichskabinetts zu der Sicherheitsfrage ist feinerzeit durch eine einmütige Zustimmung zur deutschen Note vom 20. Juli 1925 festgelegt worden. Vor der Konferenz von Locarno sind ferner und zwar ebenfalls einmütig, Resolutionen für die Verhandlungen aufgestellt worden, die auf dem Gedanken beruhen, daß als Grundlage für das gesamte weitere deutsche Vorgehen die Ausführungen jener Note zu gelten hätten.

2. Die deutschen Delegierten sind während den Verhandlungen in Locarno in keinem Punkte von den aufgestellten Resolutionen, insbesondere von den Grundlinien der Note vom 20. Juli, abgewichen. Die Behauptung, daß die Paraphierung der Verantwortlichkeiten in unermesslicher Ueberschätzung geschehen sei und gegen die getroffenen Abmachungen verstoßen habe, ist unrichtig.

3. Am 22. Oktober 1925 hat das Reichskabinett unter Vorsitz des Reichspräsidenten vor Beginn der Beratungen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Das Reichskabinett hat den Bericht der deutschen Delegation über die Wänerbergzusammenkunft von Locarno entgegengenommen und beschlossen, daß auf der Grundlage der deutschen Note vom 20. Juli 1925 in Locarno eingeleitete Vertragsverhandlungen zu einem Abschluß zu bringen, der den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes gerecht wird. Die Reichsregierung geht hierbei von der durch die feierlichen Erklärungen der Außenminister Englands, Frankreichs und Belgiens begründeten festen Erwartung aus, daß die logische Auswirkung des Vertrages von Locarno besonders in den Rheinländern sich alsbald bemerkbar machen.“

Durch diesen Beschluß ist entsprechend der Auffassung der deutschen Delegation anerkannt worden, daß das Vertragswerk von Locarno auf der Grundlage der Note vom 20. Juli eingeleitet worden ist, und daß die weiteren Verhandlungen über den endgültigen Abschluß des Vertragswerkes sich nicht auf den Verfall der als unabänderlich festgestellten Vertragsentwürfe, sondern auf

die in diesen Entwürfen nicht behandelten Fragen zu erstrecken haben würden. Gegenwärtige Tatsachen, die zu einer veränderten Stellungnahme hätten Anlaß geben können, sind nach dem 22. Oktober nicht bekanntgeworden.

4. Durch die Entwürfe von Locarno wird weder das Selbstbestimmungsrecht der Völker beschränkt, noch auf andere Weise der Friedensentwicklung vorgegriffen.

Im Vergleich mit der durch die Machtverhältnisse bedingten gegenwärtigen Lage Deutschlands würde das Inkrafttreten des Vertragswerkes

nicht eine Einschränkung der deutschen Handlungsfreiheit bedeuten, sondern vielmehr der Anfang und die Grundlage für eine aktive Wiederbeteiligung Deutschlands an der Politik der europäischen Großmächte sein.

Gegenüber der Behauptung, daß durch die Garantie- und Schiedsverträge für Deutschland neue Fesseln geschaffen worden, ist darauf hinzuweisen, daß das Verbot von Angriffskriegen und Invasion im Verhältnis zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien und die Garantie dieses Verbotes durch England und Italien und endlich die schiedsrichterliche Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten, namentlich von Streitigkeiten über die Auslegung des Versailler Vertrages und des Rheinlandabkommens durchaus im Interesse der Befreiung und Wiederherstellung Deutschlands liegen.

5. Die Kritik an mangelnden Ausdehnungen des Vertragswerkes auf die Fragen der besetzten Gebiete war zum mindesten verfehlt, da die Verhandlungen hierüber noch im Gange sind. Die deutsche Delegation hat weder in Locarno noch später jemals einen Zweifel darüber gelassen, daß die paraphierten Vertragsentwürfe nur einen Teil des in Betracht kommenden Fragenkomplexes regeln und daß sie deutschseits nicht in Kraft gesetzt werden können, wenn nicht auch der andre Teil, die Rückwürfen auf die besetzten Gebiete, eine den deutschen Lebensnotwendigkeiten entsprechende Regelung erfährt. In diesem Sinne werden die Verhandlungen mit den anderen beteiligten Regierungen auch zur Zeit weitergeführt.

6. Die Behandlung der Kriegsschuldfrage vor und auf der Konferenz in Locarno steht in genauer Übereinstimmung mit den einmütig darüber gefaßten Beschlüssen des Reichskabinetts.

„Bauer in Not“

In den letzten Jahren sind Tausende von Menschen elendiglich verkommen, weil es an Nahrungsmitteln fehlte. In Rußland erlagen Millionen schweren Hungersnöten, in Deutschland gingen während der Kriegs- und Nachkriegszeit Hunderttausende an Unterernährung zugrunde. In diesem Jahre ist in Deutschland, wie fast auch in allen andern Ländern, der Getreideertrag recht reichlich geblieben, und trotzdem klagen die Landwirte Stein und Bein darüber, wie schlecht es ihnen gehe. Auch in Dresden fand am Freitagabend eine Versammlung mit dem jetzt so beliebten Thema „Bauer in Not“ statt, in der unter dem üblichen wässrigen Geschwätz auf die Arbeiterkassette und Sozialdemokratie mit lebhaften Worten über die Not der Landwirtschaft geknurrert wurde.

Wir wissen, daß man den agrarischen Klagen gegenüber sehr vorsichtig sein muß. Die Agrarier haben mit dem Konzept klären, klären und wieder klären so glänzende Erfolge gemacht, daß für sie die Versuchung stark sein muß, es nicht nur bei jeder passenden, sondern auch bei jeder unpassenden Gelegenheit wieder anzustellen. Dadurch darf man sich nicht davon abhalten lassen, im einzelnen Fall zu prüfen, wieweit die Klagen der Landwirte berechtigt sind. Auch für die Arbeiterkassette ist es nicht gleichgültig, wie es der Landwirtschaft geht. Der deutsche Arbeiter hat ein starkes Interesse daran, daß der deutsche Boden hohe Erträge bringt. Je mehr wir unsere Nahrungsmittelbedarf mit den Früchten unseres Landes decken können, um so geringer die Gefahr eines großen Einfuhrüberschusses, der unter den heutigen Umständen schwere Schäden für die deutsche Volkswirtschaft bringen kann. Die deutsche Arbeiterkassette hat ein Interesse daran, daß die Kaufkraft der Landwirte nicht zu gering ist, weil es den Landwirten an Geld, um Maschinen und Düngemittel, Kleidungsstücke und Möbel und andere industrielle Erzeugnisse zu kaufen, so wichtig für viele Tausende von Arbeitern die Gefahr der Arbeitslosigkeit ist. Freilich, wenn eine Stärkung der Kaufkraft der Landwirte nur erreicht wird durch eine Erhöhung der Preise für ihre Produkte, so ist damit der Arbeiterkassette nicht gedient, denn dann findet nur eine Kaufkraftverschiebung statt. Was der Landwirt mehr kaufen kann, weil er für seine Erzeugnisse mehr bekommt, kann der Arbeiter weniger kaufen, weil er für seinen Nahrungsmittelbedarf mehr ausgeben muß und deshalb für Kleidung, Wohnung usw. weniger übrig hat. Aber wenn es möglich ist, die Kaufkraft der Landwirtschaft dadurch zu stärken, daß man durch Ausnutzung der Erzeugnisse der modernen Agrarwissenschaften den Bodenertrag erhöht, so kann das der Arbeiterkassette nur recht sein.

Die Landwirte beklagen sich einmal darüber, daß die Preise von Agrar- und Industrie-Erzeugnissen in einem für sie recht ungünstigen Verhältnis stehen. Richtig ist, daß der Roggenpreis trotz Zolltarif und Einfuhrsperren heute niedriger ist, als im Jahre 1913, ohne daß der Verbraucher davon etwas merkt, weil das Brot nach wie vor wesentlich teurer ist als in der Vorkriegszeit. Die Preise der Agrarprodukte sind in der letzten Zeit gesunken, an den hohen Preisen der Industrie-Erzeugnisse hat sich nichts geändert, soweit sie nicht noch weiter nach oben gegangen sind. Es ist allerdings ein unerhörter Stand, daß auf dem Wege zwischen Erzeuger und Verbraucher heute so viel hängen bleibt. Aber gerade die deutschnationalen Agrarierführer haben sich mit Rücksicht auf ihr Wohlgefallen in sogenannten Mittelstand stets gegen jede Preiskontrolle gewehrt und sie sind die lautesten Rufe im Kampfe gegen die Preisprüfungsstellen und zum guten Teil verdanken wir die hohen Preise unserer Industrie-Erzeugnisse dem Zolltarif, der mit Hilfe der deutschnationalen Führer der Agrarier zustande kam.

Die Landwirte klagen über die furchtbare Kreditnot, die freilich nicht nur die Landwirtschaft, sondern unsere ganze deutsche Volkswirtschaft schwer drückt. Aber diese Kreditnot ist eine Folge der Kriegs- und Inflationsjahre. In den Kriegsjahren wurde von den politischen Parteien, deren Erben auch heute noch ein großer Teil der Landwirte nachläßt und während der Inflationszeit, in der der deutschen Volkswirtschaft an flüssigem Kapital verloren ging, was der Krieg etwa noch übrig gelassen hatte, sträubten sich vor allem der deutschnationalen Führer Helfferich und der deutschnationalen Reichsbankpräsident Havenstein mit Händen und Füßen dagegen, daß rechtzeitig mit Energie zugegriffen wurde, um der fortschreitenden Währungserrückung zu begegnen. Und wenn es nach den deutschnationalen Führern geht, kommt der Vertrag von Locarno nicht zustande. Dann drohen uns neue politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten, die leicht dazu führen können, daß der Rußraum von ausländischem Kapital verfiert, der heute unsere Kreditnot etwas mildert.

In der Versammlung am Freitag leistete sich einer der Redner, ein Herr von Rahmer, die Kühne Behauptung, die Not, die auf dem deutschen Volke liege, bedürfe am meisten die Landwirtschaft. Der Mann kann keine Ahnung davon haben, wie es heute in Millionen deutscher Arbeiterfamilien aussieht. Er tut gerade so, als ob er nicht wüßte, daß Millionen Arbeiter und Angestellte Löhne oder Gehälter beziehen, die auch zur Deckung des notwendigen Bedarfs nicht reichen. Schließlich darf auch nicht vergessen werden, daß die Landwirte sich in all den Jahren haben übermäßig sattessen können, in denen ein großer Teil der

Homosexualität und Frontbann

Wie deutsche Jugend „ertüchtigt“ wird

SPD, Berlin, 2. November. (Wig. Draht.) Die Berliner Polizei hat im Verlauf der letzten Woche bei Angehörigen des Frontbannes eine ganze Reihe Hausdurchsuchungen vorgenommen und anschließend verschiedene Verhaftungen folgen lassen. Der Führer des Berliner Frontbannes, Hauptmann Röhrebein befindet sich jetzt noch mit einer Reihe anderer „Kameraden“ in Haft. Der „Montag-Morgen“ weist über die Gründe folgendes mitzuteilen: „Die Verhaftung erfolgte einmal wegen des Verdachts der Gewerkschaftsarbeit. Es wird jetzt aber bekannt, daß zugleich auch schwere Verfehlungen gegen den § 175 vorliegen. Bei der Hausdurchsuchung in der Wohnung des Hauptmann Röhrebein, der offizieller Vertreter Ludendorffs in Berlin ist, wurde um 7 Uhr morgens ein Stellungs- und wohnungstoller junger Mensch aufgefunden, dessen Beziehungen zu Hauptmann Röhrebein sich als durchaus eindeutiger Natur erwiesen. Ferner geht aus den übereinstimmenden Vernehmungen mehrerer junger Leute, die in den Frontbann eingetreten waren und dann wieder austraten sind, folgendes hervor:

Der Hauptmann ließ jeden dieser jungen Leute kurz nach dem Eintritt in den Frontbann in seine Wohnung kommen und verlangte von jedem unter Berufung auf die Kameradschaft, daß sie sich ihm für homosexuelle Handlungen zur Verfügung stellen. Mit einigen von ihnen verfuhr er auch, gewalttätig unästhetische Handlungen vorzunehmen.

In diesem Zusammenhang interessiert es auch, daß von den 101 Angehörigen des Frontbannes, die wegen Ausschweifungen verhaftet wurden, nicht weniger als 88 unter 17 Jahre alt waren. 11 davon waren Schüler höherer Lehranstalten.

Die Untersuchung über die homosexuellen Vorgänge im Frontbann nimmt demgemäß bereits einen ebenso großen Umfang an wie jene über die politischen, und es besteht der Verdacht, daß die politischen des Vertreters Ludendorffs in Berlin bei seiner Frontbannführung wahrscheinlich überhaupt weniger auf politische Ziel gerichtet waren als darauf, sich auf bequeme Weise menschliches Material für seine Ausschweifungen zu verschaffen.

Die Sozialisten und Painlevé

P. Paris, 1. November. (Wig. Draht.) Die von der sozialistischen Partei geforderte Aussprache mit Painlevé hat am Sonntagabend stattgefunden. Sie hat noch nicht die Klärung gebracht. Painlevé erklärte, daß er noch nicht dazu gekommen sei, sein Finanzprogramm endgültig festzulegen. Er gab jedoch die bestimmte Versicherung ab, daß er die von Caillaux hinterlassenen Finanzpläne im Sinne der auf dem Parteitag der Radikalsocialisten aufgestellten Forderungen so auszugestalten gedenke, daß die in Aussicht genommene Kasse zur Amortisierung der Schuld in erster Linie aus Vermögenssteuern gespeist werden soll. Unter diesen Umständen willigte die sozialistische Fraktion ein, die Aussprache über die Finanzfrage auf eine am Montag vereinbarte weitere Besprechung zu vertagen.

P. Paris, 1. November. (Wig. Draht.) Der Nationalrat der Sozialistischen Partei ist am Sonntag zusammen-

getreten. Neben Fragen administrativer und organisatorischer Natur wird er auch zur Haltung der Fraktion Stellung nehmen, so daß erst nach seiner Entscheidung die Politik gegenüber Painlevé festgelegt werden wird.

Freiheit des Faschismus

B. Rom, 2. November. (Wig. Draht.) Am Sonntag feierte Rom den Jahrestag des Marsches der Faschisten auf seine Regierungsgebäude. Es wurde ein offizieller Empfang veranstaltet, an dem die Schulkin der verschiedenen faschistischen Organisationen teilnahmen. Der Generalsekretär der Faschisten, Marinacci, erklärte, daß Italien heute die einzige Nation sei, die den Faschismus als Politik überwinden habe. Die antifaschistische Internationale werde bald zusammenbrechen und dann müsse Italien andere Nationen faschistisieren. Im übrigen forderte er, daß die Kassen für die faschistische Jugendorganisation genau so vom Staate übernommen werden wie dies bereits für die Willia der Fall ist. Nächsten werden auch die faschistischen Mörder und Mordorganisationen von Staatsgeldern bezahlt werden.

Schlagwetter-Katastrophe in Watterscheid

17 Tote, viele Schwerverletzte

Watterscheid, 1. November. (Wig. Draht.) Am Sonntagabend, zwischen 8 und 9 Uhr abends, ereignete sich, vermutlich durch Sprengstoff (Genauer über die Ursache ist bisher nicht festgestellt worden), auf Schacht I und II der Zeche Salla eine Schlagwetterexplosion, die 17 Tote und Opfer fielen. Außerdem sind viele Schwerverletzte zu beklagen, von denen einer in Lebensgefahr schwelgt. Der Explosionsherd befand sich wahrscheinlich zwischen der 8. und 9. Sohle in der unteren Festflözabteilung der Schachtabteilung. Die Grube ist wieder befahrbar. Weitere Gefahren bestehen nach Feststellungen der Bergwerksbehörden nicht.

In der Schachtabteilung, in der die Explosion sich ereignete, waren 60 Mann beschäftigt. Es handelt sich um eine geschlossene Abteilung, von der keine direkte Verbindung zu den anderen Abteilungen bestand. Die furchtbare Gewalt der Explosion zeigte sich in den Verheerungen der Schachtabteilung der 8. Sohle. Dagegen blieben sämtliche Streb- und Deckenbereiche außer einem vollkommenen zusammengebrochenen Gänge erhalten. Die Toten sind fast reiflos verlorbt und teilweise fast verstückelt. Auf der Teilschicht der 8. Sohle der Zeche Salla wurde an der Arbeiterstelle. Einige Tote wurden in den Querschlägen gefunden, wo sie anscheinend Rettung gesucht haben. Bei ihnen ist der Tod wohl durch die giftigen Schwaden eingetreten. Sämtliche Leichen wurden bis 4 Uhr morgens gehoben. Sie wurden in dem Knappschaftskrankenhaus in Leidenhof aufgebahrt.

Vor den Zechenorten hatte sich sofort nach dem Unglück im Laufe der Nacht zum Sonntag eine riesige Menschenmenge angesammelt. Der Zechenplatz wurde polizeilich gesperrt. Verzerrte Gesichter und Stimmen dröhnten sich, als die Namen der ersten Toten bekanntgegeben wurden. Viele Frauen barsten in dummer Sorge um das Schicksal ihrer Männer und Säuglinge am Tagendbruch, als die Totenliste bekannt wurde. Von den Opfern sind 14 Familienväter, drei sind ledig.

Die Schachtanlage I und II hat eine Belegschaft von 3600 Mann. Das letzte große Schlagwetterunglück auf der Zeche Salla ereignete sich im Jahre 1916 auf Schachtanlage III und IV wobei 12 Tote zu beklagen waren.